

Vorschlag eines Verständigungsfriedens.

Stockholm, 18. Oktober. (Meldung des Vertreters des Telegraphen-Korrespondenzbüros.) Heute erschien das Friedensmanifest des holländisch-standinavischen Organisationscomités für die Stockholmer Konferenz an die zur internationalen gehörenden Parteien. Es schildert die Verheerungen des Krieges und die Notwendigkeit des Friedensschlusses, weshalb die sozialistischen Delegierten Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Hollands die Verantwortung auf sich nehmen, mit Vorschlägen zu einem Verständigungsfrieden hervorzutreten, durch welchen der Stand vor dem Kriege korrigiert werden soll durch Lösung der Probleme, die der Ursprung der Konflikte und des Krieges waren. Territoriale Fragen wie Ballan, Polen und Trentino sollen durch den Friedensvertrag gelöst werden; doch dürfe die Lösung einer nationalen Frage den Friedensschluß nicht verzögern, wenn keine Einigung erzielt werden kann, sondern die Frage soll einer Kommission überwiesen werden, ebenso verschiedene ökonomische Fragen wie Dardanellen, Bagdad, die Interessen der Mächte in Kleinasien, in den Kolonien und die ökonomische Befreiung Perliens.

Das Comité präzisiert sodann seine Vorschläge folgendermaßen:

Allgemeine Bedingungen.

Keine Annexionen, das heißt vollständige Räumung aller in Europa und in den Kolonien besetzten Gebiete und Rückgabe dieser Gebiete an den Staat, dem sie vor dem Kriege gehört haben, im Interesse eines dauernden Friedens. Die Durchführung dieses Grundsatzes schließt keineswegs die Möglichkeit des Abschlusses freundschaftlicher Vereinbarungen über Grenzberichtigungen aus, wobei dem Willen der beteiligten Völker Rechnung getragen wird.

Keine Kontributionen! Die Durchführung dieses Grundsatzes schließt nicht die Wiedererstattung von Aufzügen und Requisitionen aus, die während des Krieges entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention durchgeführt worden sind. Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete mittelst eines internationalen Fonds, falls dies im Interesse schwer beschädigter Staaten für notwendig erachtet worden ist.

Lösung nationaler Fragen im Sinne der Freiheit der Nationalitäten, internationale Regelung der nationalen Selbstverwaltung, deren Beobachtung durch einen internationalen Gerichtshof werde gesichert werden. Die aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staaten werden in Bundesstaaten umgewandelt werden. Die hauptsächlich von einer bestimmten Nationalität bewohnten Gebiete werden Distrikte bilden, die gegenüber ihrem Bundesstaat in politischer Hinsicht autonom sind, und ihre nationalen Minderheiten werden kulturelle Freiheiten genießen.

Gewährleistung der Arbeiterrechte im Sinne der Entschliefungen von Leeds, Stockholm und Bern.

Allgemeine Amnestie für alle Verbrechen und Vergehen politischer Natur, die im Zusammenhang mit den Kriegereignissen begangen worden sind.

Besondere Bedingungen.

Vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und kulturelle Selbstverwaltung Flanderns und Walloniens, Wiedererstattung aller entgegen dem Völkerrecht durchgeführten Kontributionen und Requisitionen, Schätzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung, deren grundsätzliche Berechtigung von der deutschen Regierung in ihrer am 4. August 1914 abgegebenen Erklärung anerkannt worden ist und die der Beurteilung des Haager Schiedsgerichtshofes wird überlassen werden können.

Lösung der Frage von Elsaß-Lothringen durch Volksabstimmung zu einem nach dem Friedensschluß zu vereinbarenden Zeitpunkt. Diese Volksabstimmung wird einheitlich oder geteilt sein können, das heißt sie wird die Gesamtheit des strittigen Gebiets umfassen oder bezirksweise durchgeführt werden können.

Wiederherstellung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen mit Montenegro vereinigten und aus einem internationalen Fonds wieder aufgebauten Serbiens. Dieses wird ebenso wie Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Distrikt und zum Hafen von Saloniki haben, die unter die Gerichtsbarkeit der drei Staaten werden gestellt werden. Andererseits wird den Gebietsansprüchen Bulgariens Genüge geleistet werden, indem ihm Dismazedonien bis zum Wardar zuerkannt wird, der die Verkehrslinie Serbiens mit dem Meere bleiben wird.

21. 10. 1918 68
Schaffung eines freien, unabhängigen Polens unter Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Entwicklung und Selbstverwaltung der jüdischen Minderheiten und der anderen polnischen Bezirke in Oesterreich und in Deutschland, die eine möglichst weitgehende Autonomie genießen werden.

Territoriale Selbstverwaltung der Nationalitäten Rußlands im Rahmen der bundesstaatlichen Republik unter Gewährleistung der Rechte der Minderheiten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereint ist.

Lösung der böhmischen Frage im Sinne der Vereinigung der Tschechen, die die zu einem Bundesstaat verschmolzenen Distrikte bewohnen, mit Oesterreich-Ungarn, wo die südslavischen Völker in wirtschaftlicher Beziehung vollständige Gleichheit genießen und zu einem einzigen Verwaltungsdistrikt vereinigt sein werden. Die italienischen Gebietsteile Oesterreichs, die nicht an Italien abgetreten würden, werden kulturelle Autonomie genießen.

Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gleichberechtigung Irlands im Rahmen Großbritanniens.

Freundschaftliche Lösung der Frage Nordschleswigs durch eine Verständigung der beteiligten Staaten auf der Grundlage einer Grenzberichtigung und nach Befragung der Bevölkerung.

Unabhängigkeit und territoriale Wiederherstellung des türkischen Armeniens unter Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Internationale Lösung des Judenproblems; persönliche Autonomie in den Distrikten Rußlands, Oesterreich-Ungarns, Rumäniens und Polens, wo die Juden in geschlossenen Massen leben, und Schutz der jüdischen Kolonisation Palästinas.

Um dem Frieden den Charakter der Dauerhaftigkeit zu geben, werden sich die vertragschließenden Parteien bereit erklären, auf der Grundlage des obligatorischen Schiedsgerichtes und der allgemeinen Abrüstung unter Beseitigung jedes wirtschaftlichen Krieges und Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf die auswärtige Politik die Gesellschaft der Nationen zu gründen. Das Comité ersucht die Parteien um eine motivierte Meinungsäußerung nach Prüfung durch die Organisationen bis zum 1. Dezember.

Schließlich spricht das Comité die Erwartung aus, daß die Sozialisten Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas ihre energische Aktion fortsetzen werden, um die Pässe für die Konferenz zu erlangen. Von den Sozialisten

Deutschlands und Oesterreich-Ungarns erwartet das Comité, daß sie eine energische Pression auf ihre Regierungen ausüben werden zu Gunsten eines parlamentarischen demokratischen Regimes und der Präzisierung der Kriegsziele. Von den Sozialisten aller Länder wird der Kampf gegen den Annexionismus und den Imperialismus erwartet.

Kritische Stimmen.

Stockholm, 20. Oktober. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Das Manifest des holländisch-standinavischen Comité wird als logische Folgerung des Systems aufgefaßt, das dem Fragebogen zugrunde lag, der in den Besprechungen mit den Vertretern der einzelnen Länder erörtert wurde, und es wird gleich diesem beurteilt. Kritische Stimmen meinen, daß das Comité an der wichtigsten Frage, nämlich wie die sozialistischen Parteien die Friedensaktion durchführen sollen, vorbeigeht. Ob das Einzelprogramm, das einerseits aus der Kriegskarte den Statusquo folgert, andererseits Teilkorrekturen der europäischen Karte und Änderungen von inneren staatsrechtlichen Verhältnissen vorsieht, weiterfährt als die allgemeine Formel des Arbeiter- und Soldatenrates, bezweifeln besonders jene, die darauf hinweisen, daß die Kraft der Internationale bisher nicht ausreichte, in allen Ländern die Pässe für die Delegierten nach Stockholm zu erzwingen, und daß derzeit einzig und allein die russische Demokratie, die Delegierte zur Konferenz der Ententeregierungen schickt, unmittelbar diplomatische Unterhandlungen beeinflusst. Die gute Absicht des mit Wärme vorgetragenen Manifests wird nicht bestritten, aber es ist ungewiß, ob die Destillierung einer Durchschnittsformel der Enttäuschung breiter Arbeiterkreise über diesen Schluß des ersten Abschnittes von Stockholm vorbeugen wird und die Gefahr aufwiegt, daß die Differenzen zwischen den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder und die Differenzen innerhalb der Parteien der einzelnen Länder unterstrichen werden.